



Artikel vom 04.04.2005

Reitschule bangt erneut um Bestand

Bern Komitee «Reitschule bleibt!» zur Bekämpfung der SVP-Initiative gegründet

Am Freitag haben rund 50 Aktivisten das Abstimmungskomitee «Reitschule bleibt!» gegründet. Ein bunter Zusammenschluss aus Politik und Kultur formierte sich, um die voraussichtlich im November zur Abstimmung kommende Volksinitiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» zu bekämpfen.

DANIEL SCHÜLER

Nicht zu übersehen waren die Berge aus Goldbarren auf dem Podium und die selbst gedruckten Geldnoten, die haufenweise auf den Tischen und am Boden der Gaststube des «Sous le Pont» in der Berner Reitschule lagen. Sie versinnbildlichten ironisch den monetären Überfluss, den die Reitschule laut der aktuellen jSVP-Initiative aufgrund von Sonderrechten erwirtschaften soll. Über 50 Interessierte aus Politik und Kultur sind der Einladung zur Gründung des Komitees «Reitschule bleibt!» gefolgt. Das Komitee will das Kulturzentrum im bevorstehenden Abstimmungskampf mit vereinten Kräften verteidigen.

«Irreführender Initiativtext»

«Die Stadt fördert und vermittelt Kultur in all ihrer Vielfalt, insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen. Sie unterstützt Kulturschaffende, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen. Ausnahmsweise führt sie Einrichtungen selber.» So lauten die ersten Absätze des Artikels 17 «Kultur» der Berner Gemeindeordnung. Die Initiantengruppe um die Berner jSVP will diesen Artikel um einen dritten Absatz erweitern: «Die Stadt stellt den Betreibern der Berner Reitschule für die Nutzung der Gastbetriebe, Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren in Rechnung. Die Betreiber haben die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu entrichten und alle notwendigen Bewilligungen einzuholen.»

«Zahlen Sie auch keinen Mietzins? Diese Frage auf dem Unterschriftenformular der jSVP ist verführerisch, irreführend und im Prinzip gegenstandslos», eröffnete Stadträtin Catherine Weber (GB) ihre Rede an die Versammlung. Und zitierte weiter im Text: «Kann man ein Restaurant oder eine Bar betreiben und Wohnungen nutzen, ohne je einen Franken Steuern, Gebühren und Abgaben zu bezahlen? Man kann.» 530 000 Franken Miete und 120 000 Franken Nebenkosten sollen laut den Initianten jährlich von den Betreibern der Reitschule nicht abgegolten werden. Das stimme so nicht.

Reitschule hat Leistungsvertrag

Am 8. April 1999 stimmten die Stadtberner einem Sanierungskredit für die Reitschule zu. Dieser beinhaltete auch ein Nutzungs- und Betriebskonzept, das die Zusammenarbeit zwischen der Reitschule und der Stadt Bern regelt. Der von der Berner Regierung verabschiedete Leistungsvertrag ist seit dem 1. Januar 2004 in Kraft. Die Reitschule ist so zur Erbringung von nichtkommerziellen, kulturellen Leistungen im gesetzlichen Rahmen verpflichtet. Diese Richtlinien setzt die Reitschule bereits um. Wie mit anderen Berner Kulturinstitutionen auch, regelt der Vertrag zudem ein «buchhalterisches Nullsummenspiel»: Die von der Abteilung Stadtbauten Bern errechnete Miete von jährlich 318 700 Franken entspreche dem Betrag, mit dem die kulturellen Leistungen der Reitschule von der Stadt abgegolten werden - Leistungen, welche die Reitschul-Betreiber unter anderem durch unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit erbringen.

Der von der Stadt errechnete theoretische Mietzins fliesst dabei nicht in die Kassen der Reitschule. Sondern wird von der städtischen Buchhaltung direkt dem Konto der Stadtbauten Bern gutgeschrieben. Der Verein IkuR, Betreiber der Reitschule, erhält jedoch eine jährliche Direktzahlung von 60 000 Franken als Anteil an die 120 000 Franken Nebenkosten. Sämtliche weitere Betriebskosten finanziert die IkuR durch den Kulturbetrieb selber.

«Im Vergleich zu den über 9,2 Millionen Franken für das Stadttheater oder die über 4,6 Millionen Franken, mit denen sich die Stadt am Symphonie-Orchester Bern beteiligt, sind diese 60 000 Franken ein doch eher bescheidener Betrag», antwortete die Berner Stadträtin Catherine Weber auf die Abstimmungspropaganda der Initianten.

Auch alte Forderungen erfüllt

In den Augen des Komitees «Reitschule bleibt!» ist die Initiative gegenstandslos. So verfügt die Reitschule heute über eine Betriebsbewilligung des Regierungstatthalters. Auch ältere Forderungen, wie das Wirtepatent, hat die Reitschule seit dem Erhalt des Sanierungskredites erfüllt.

Nichtsdestotrotz will das Komitee in der kommenden Abstimmung mit Engagement für ein «Nein» kämpfen, wie an der Gründungsversammlung deutlich wurde. Ein Besucher zum Schluss der Versammlung: «Schade, dass wir einmal mehr alle unsere Kraft in einen Abstimmungskampf statt in Kultur investieren müssen.»

